

<https://bitterwinter.org/south-korea-mother-han-sentenced-to-two-years-she-is-innocent/>

Deutsche Übersetzung des Artikels auf bitterwinter.org

Südkorea: Mutter Han zu zwei Jahren Haft verurteilt – sie ist unschuldig

von Massimo Introvigne | 31. August 2026 | News Global

Die Staatsanwaltschaft hatte dreizehn Jahre gefordert. Doch unschuldige Angeklagte sollten freigesprochen werden, anstatt „milde“ Urteile zu erhalten, nur um das Gesicht der Anklagebehörde zu wahren.

Das Zentralbezirksgericht Seoul fällte ein erstinstanzliches Urteil in einem der Strafverfahren gegen Mutter Hak Ja Han Moon, die 83-jährige Führerin der „Familienföderation für Weltfrieden und Vereinigung“ (FFWPU), ehemals bekannt als Vereinigungskirche. Das Strafverfahren gegen die religiöse Führerin ist zu einem Symbol für den Druck geworden, dem konservative Gläubige im heutigen Korea ausgesetzt sind. Beobachter verfolgten ein Gerichtsverfahren, das sich auf vielfältige Weise ausweitete, verengte und wandelte – Entwicklungen, die das beunruhigende Klima im Umgang mit Religion in diesem Land offenbaren.

Die Haltung dieses Magazins ist eindeutig: Es gibt keinen Raum für Zweifel, Ungewissheit oder Unklarheit. Mutter Han ist unschuldig und hätte freigesprochen werden müssen.

Der am 31. August entschiedene Fall nahm seinen Anfang mit dem Vorwurf, Mutter Han habe die Schenkung einer Chanel-Handtasche und einer Diamantkette an die ehemalige First Lady genehmigt. Später fügte der Sonderstaatsanwalt Anschuldigungen hinzu, wonach Mutter Han für finanzielle Zuwendungen der FFWPU an Politiker verantwortlich gewesen sei, die gegen die Gesetze zur Parteienfinanzierung verstießen. Die Staatsanwaltschaft fasste diese Vorwürfe zu einer einzigen Darstellung zusammen und präsentierte sie als Beweis für den Versuch, das politische Leben zu beeinflussen.

Ein weiteres, noch anhängiges Verfahren betrifft Zuwendungen, die FFWPU-Mitglieder Berichten zufolge an verschiedene andere Abgeordnete geleistet haben. Nach monatelangen Ermittlungen kam die Staatsanwaltschaft zu dem Schluss, dass es keine Beweise dafür gibt, dass Mutter Han von diesen Zuwendungen wusste. In diesem zweiten Fall wurde keine Anklage gegen sie erhoben; sie ist nicht mehr Teil des Verfahrens, wenngleich andere Führungskräfte der FFWPU weiterhin angeklagt sind.

Es gibt weitere Verfahren gegen Mutter Han. Eines betrifft die angebliche massenhafte Aufnahme von FFWPU-Mitgliedern in die konservative Partei PPP; selbst wenn dies zuträfe, würde es in anderen Ländern als normale Ausübung des Rechts religiöser Menschen auf politische Teilhabe gelten. Ein weiteres Verfahren dreht sich um die angebliche Veruntreuung von Kirchengeldern – ein Fall von Diebstahl aus der eigenen Tasche, wenn man bedenkt, wie eng die Finanzen der Führungspersönlichkeit und der Organisation bei neuen religiösen Bewegungen miteinander verflochten sind. Angesichts des weiten Spielraums, der den mit der Zerstörung der FFWPU beauftragten Sonderstaatsanwälten eingeräumt wird, könnten weitere Anklagen und Verfahren hinzukommen.

Der erste Fall – der einzige, in dem am 31. August erstinstanzlich entschieden wurde und gegen den Berufung eingelegt werden kann – stützt sich vollständig auf die Aussage eines ehemaligen FFWPU-Funktionärs, der aus der Bewegung ausgeschlossen worden war. Seine Schilderungen haben sich wiederholt geändert. Dokumente, Zeitabläufe und seine eigenen früheren Aussagen widersprechen ihm. Er passte seine Darstellung jedes Mal an, wenn die Staatsanwaltschaft ihre Theorie modifizierte. Seine Glaubwürdigkeit ist unter der Last von Widersprüchen und Eigeninteressen zusammengebrochen. Er versuchte, sich selbst zu schützen, indem er Mutter Han beschuldigte, und die Staatsanwaltschaft entschied sich, ihn als ihre Hauptstütze zu nutzen.

Die Staatsanwaltschaft forderte eine Freiheitsstrafe von dreizehn Jahren – ein Strafmaß, das selbst das Gericht als unverhältnismäßig erachtete. Die in der Entscheidung angeführten Spenden und Zuwendungen belaufen sich auf insgesamt weniger als 250.000 Dollar. Solch bescheidene Summen als Beweis für eine groß angelegte politische Verschwörung darzustellen, wirkt absurd. Koreanische Politiker mögen zwar käuflich sein, doch es ist schwer zu glauben, dass ihre nationalen und internationalen politischen Entscheidungen zum Preis einer bescheidenen Wohnung in Seoul zu kaufen wären. Die unverhältnismäßige Forderung deutet eher auf politische Vergeltungsmaßnahmen des Sonderstaatsanwalts hin – der zur Untersuchung der Verfehlungen sogenannter „häretischer Sekten“ eingesetzt wurde – als auf eine sachliche Anwendung des Gesetzes.

Die Entscheidung des Gerichts, Mutter Han zu zwei Jahren Haft statt der geforderten dreizehn zu verurteilen, bringt ein gewisses Maß an Vernunft in den Fall zurück. Doch das reicht nicht aus. Ich möchte dies noch einmal betonen: Mutter Han ist unschuldig. Nichts in den Akten deutet darauf hin, dass sie die Handlungen des abtrünnigen FFWPU-

Funktionärs angeordnet oder gebilligt hätte oder auch nur von ihnen wusste.
Unschuldige Angeklagte sollten freigesprochen und nicht „mild“ verurteilt werden, nur um das Gesicht der Staatsanwaltschaft zu wahren.

Ihre Strafverfolgung ist Teil einer umfassenderen Kampagne gegen konservative religiöse Gruppen in Südkorea. Pastor Son Hyun-bo von der Segero-Kirche, der Vorsitzende Lee Man-hee von Shincheonji und andere Führungspersönlichkeiten sahen sich ähnlichem Druck ausgesetzt und wurden verhaftet. Die Behörden vertreten eine weitreichende Auslegung der Wahl- und Spenden-Gesetze; würde diese akzeptiert, könnten Gläubige nicht mehr am politischen Leben teilhaben. Die Auswirkungen dieses Falls sowie der weiteren gegen Mutter Han anhängigen Verfahren gehen weit über die betroffene Person hinaus. Die Entscheidung bestraft eine ältere Frau, die ihr Leben religiöser und humanitärer Arbeit gewidmet hat. Millionen Menschen weltweit nennen sie die „Mutter des Friedens“. Sie offenbart zudem, dass Südkorea weiterhin einen Weg beschreitet, auf dem konservative religiöse Gemeinschaften als politische Gegner behandelt werden und wo Staatsanwälte sich auf wenig belastbare Zeugenaussagen stützen, um ihnen missliebige Bewegungen zu zerschlagen. Die Kampagnen gegen diese Gruppen in Korea weisen beunruhigende Verbindungen zu japanischen Anti-Sekten-Organisationen und der Kommunistischen Partei Chinas auf.

Der Fall gegen „Mutter Han“ ist zu einem Symbol für diesen Trend geworden; ihre Unschuld mahnt an die Gefahren, denen die Religionsfreiheit in diesem Land ausgesetzt ist.

* Massimo Introvigne (geboren am 14. Juni 1955 in Rom) ist ein italienischer Religionssoziologe. Er ist Gründer und Geschäftsführer des Center for Studies on New Religions (CESNUR), eines internationalen Netzwerks von Wissenschaftlern, die sich mit neuen religiösen Bewegungen befassen. Introvigne ist Autor von rund 70 Büchern und mehr als 100 Artikeln auf dem Gebiet der Religionssoziologie. Er war Hauptautor der Enciclopedia delle religioni in Italia (Enzyklopädie der Religionen in Italien). Er gehört dem wissenschaftlichen Beirat des Interdisciplinary Journal of Research on Religion sowie dem Vorstand der bei der University of Pennsylvania Press erscheinenden Zeitschrift Nova Religio an. Vom 5. Januar bis zum 31. Dezember 2011 fungierte er als „Beauftragter für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, mit besonderem Schwerpunkt auf der Diskriminierung von Christen und Angehörigen anderer Religionen“ bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Von 2012 bis 2015 war er Vorsitzender des „Observatoriums für Religionsfreiheit“ (Osservatorio sulla libertà religiosa), das vom italienischen Außenministerium eingerichtet wurde, um Probleme der Religionsfreiheit weltweit zu beobachten.

www.cesnur.org/